Hochschule Magdeburg • Stendal

IdK Institut für demokratische Kultur

Policy-Paper-Reihe

Sachsen-Anhalt vor der Landtagswahl 2026:

Problemwahrnehmungen als Ausdruck von (sozio-) politischen Konfliktlinien?

Rahim Hajji, Johann Sonnenburg, Katrin Reimer-Gordinskaya

Executive Summary

Für das vorliegende Policy-Paper wurde untersucht, welche sozialen Probleme von der Bevölkerung Sachsen-Anhalts als besonders relevant wahrgenommen werden und wie diese Wahrnehmungen mit sozialstrukturellen und politischen Merkmalen zusammenhängen. Wirtschaft, Arbeit, Löhne (insg. 38,5%), Infrastruktur, Personalmangel, Kommune, Einkaufsmöglichkeiten (insg. 30,0%), Migration, Asyl, Zuwanderung (insg. 22,7%), Bildung, Schule, Kita, Kinder- und Jugendangebote (insg. 21,7%) zählen zu den häufigsten Problemnennungen. Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund der ländlich geprägten Siedlungsstruktur und der sozioökonomischen Lage in Sachsen-Anhalt plausibel. Die Wahrnehmung sozialer Probleme hängt häufiger mit sozialstrukturellen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Bildung, Erwerbsstatus und Wohnumgebung zusammen als mit politischen Merkmalen, wie bspw. der Parteibindung. Eine Ausnahme gibt es: Nur bei der Problemnennung „Migration/Asyl/Zuwanderung“ bestehen sowohl mit sozialstrukturellen als auch mit politischen Merkmalen Zusammenhänge, was darauf hinweist, dass dieses Thema stark sozialstrukturell und parteipolitisch besetzt ist.

In der vertiefenden Analyse der Befragten konnten vier verschiedene Cluster von Befragten identifiziert werden:

- **Cluster 1 Soziale Ungleichheit & Demokratie** (n = 191; 17%) weist überdurchschnittlich häufig Nennungen zu sozialer Ungleichheit, Rente (45%), Rassismus/Zusammenhalt (32%), Demokratiegefährdung (30 %) und Politik (23%) auf.
- **Cluster 2 Bildung, Infrastruktur & Gesundheit** (n = 267; 24%) weist überdurchschnittlich häufig Nennungen zu Bildung/Kinder/Jugend (67%), Infrastruktur/Personalmangel/Kommune/ Einkaufsmöglichkeiten (40%), und Gesundheit (38%) auf.
- **Cluster 3 Infrastruktur & Arbeit** (n = 396; 36%): weist überdurchschnittlich häufig Nennungen zu Infrastruktur/Personalmangel/Kommune/Einkaufsmöglichkeiten (44%) und Wirtschaft/Arbeit/Löhne (42 %) auf.
- **Cluster 4 Arbeit & Migration & Sicherheit** (n = 246; 23%): weist überdurchschnittlich oft Nennungen zu Wirtschaft/Arbeit/Löhne (60%), Migration/Asyl/Zuwanderung (77%) und Sicherheit (24%) auf.

Die Cluster machen die unterschiedlichen Problemprioritäten verschiedener Bevölkerungsgruppen sichtbar. Dabei steht die Sorge um die wirtschaftliche, politische, soziale und infrastrukturelle Lage deutlich im Vordergrund. Den Parteien bietet sich mit den Ergebnissen die Möglichkeit an, ihre politische Kommunikation an die Lebenswelten der Menschen auszurichten, um das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Demokratie zu stärken.

Vertiefende Analysen zeigen, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt eine geringe Parteibindung aufweisen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Menschen unpolitisch oder neutral sind. Auf der Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala verorten sich die Befragten mehrheitlich in der Mitte (44,5%), weisen jedoch mit 45,9% die höchste parteibezogene Ungebundenheit aus. Befragte mit einer eher linken Orientierung stellen mit 29,6% die zweit größte Befragungsgruppe dar und sind mit 30,7% parteibezogen ungebunden. Die Gruppe an Befragten mit rechten Orientierungen umfasst 25,9%. In dieser Gruppe beträgt der Anteil derjenigen, die sich keiner Partei gebunden fühlen, 21,1%. Dieser niedrige Anteil liegt daran, dass die Befragten mit einer eher rechten Orientierung sich mit 55,6% mit der AfD verbunden fühlen. Daraus ergibt sich, dass insbesondere im mittigen und linken politischen Spektrum ein vergleichsweise großes Potenzial für Parteibindungen besteht.

Betrachtet man die Befragten, die Wirtschaft, Arbeit und Löhne als Probleme genannt haben, dann finden sich in diesem Feld 34,1% der Befragten, die parteilich ungebunden sind. Im Bereich Infrastruktur, Personalmangel, Kommune, Einkaufsmöglichkeiten, liegt der Anteil der parteibezogenen Ungebundenen bei 34,8%. Bei Thema Migration, Asyl, Zuwanderung ist der entsprechende Anteil deutlich geringer mit 25,5%, weil die entsprechenden Befragten mit 47,8% sich mit der AfD in diesem Problembereich gebunden fühlen. Befragte, die den Bildungsbereich problematisieren, fühlen sich mit 44,1% nicht parteilich gebunden.

Die Ergebnisse dieses Policy-Papers machen darauf aufmerksam, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt unterschiedliche Problemprioritäten und -bündel haben. Gleichzeitig fühlen sich die Menschen in vielen Fällen parteilich ungebunden. Das eröffnet für die Parteien ein politisches Mobilisierungs- und Bindungspotential. Die anstehenden Landtagswahlen 2026 in Sachsen-Anhalt bieten für die Parteien eine gute Gelegenheit im politischen Wettbewerb mit ihren politischen Angeboten an Problemkompetenz zu gewinnen, um die Menschen zu überzeugen und damit an Parteibindung zu gewinnen.

Inhalt

Executive Summary 2

1. Einleitung 5

2. Methodische Herangehensweise 9

3. Ergebnisse 9

3.1 Welche Probleme werden am häufigsten genannt? 9

3.2 Inwiefern stehen die sozialstrukturellen und/oder politischen Merkmale der Befragten in Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Problemen? 11

3.3 Lassen sich in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts Gruppen mit ähnlichen Problemwahrnehmungen und vergleichbaren Problembündeln identifizieren? 17

3.4 Problembezogene Gruppenzugehörigkeit – sozial und/oder politisch strukturiert? 21

4. Zusammenfassung 23

5. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen 24

Literaturverzeichnis 27

Anhang 29

1. Einleitung[1]

Angesichts der Landtagswahl 2026 in Sachsen-Anhalt sind Aussagen wie „die Löhne sind viel zu niedrig“, „es gibt kaum noch Fachkräfte“, „die Bahn kommt immer wieder zu spät“, „in der Schule fällt der Unterricht zu oft aus“, „meine Arztpraxis ist ständig überfüllt“, „wir haben viel zu viele Flüchtlinge“ oder „Fremdenfeindlichkeit zerstört den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“ parteipolitisch relevant. Sie geben Einblicke in die Probleme, wie sie die Menschen im Alltag wahrnehmen, und zeigen, welche politischen Erwartungen und Hoffnungen sie damit verbinden.

Die Probleme, die hier beispielhaft angeführt wurden, sind soziale Probleme. Loseke (2017) versteht unter sozialen Problemen Bedingungen und Entwicklungen, die als schlecht, als weitverbreitet, aber auch als veränderbar und damit als lösbar bewertet werden. Sie bieten Einblicke in die Lebensverhältnisse der Menschen und in die Art und Weise, wie sie gesellschaftliche Herausforderungen wahrnehmen (Loseke 2017).

Politische Parteien greifen soziale Probleme auf und machen daraus politische Themen, um Menschen für ihre Politik zu gewinnen (Dennison 2019). Wenn sie die Menschen bei ihren alltäglichen Erfahrungen und Herausforderungen abholen und ein politisches Angebot machen, können sie die Grundlage für Parteibindung schaffen (Off und Trastulli 2026). Die Fähigkeit, soziale Probleme zu benennen, politische Themen zu besetzen und überzeugende Lösungsangebote zu formulieren, kann wiederum Parteien stärken und das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des politischen Systems fördern (Levi und Stoker 2000; Blok et al. 2022, S. 17).

Die bevorstehende Landtagswahl 2026 bietet den politischen Parteien in Sachsen-Anhalt Raum, soziale Probleme auf die Wahlkampfagenda zu setzen und durch politische Lösungsangebote an Themenkompetenz zu gewinnen (Guinaudeau und Persico 2014). Die Wahlberechtigten können auf Grundlage dessen ihre Wahlentscheidung treffen und damit im Rahmen der Landtagswahl zum Ausdruck bringen, welcher Partei sie zutrauen, die wahrgenommenen Probleme zu lösen (Petrocik 1996).

Im Mittelpunkt dieses Policy Papers stehen die wahrgenommenen sozialen Probleme der Menschen in Sachsen-Anhalt und die Frage, wie diese mit sozialstrukturellen Merkmalen und

[1] Im Rahmen der Erstellung dieses Policy Papers wurden KI-Tools unterstützend genutzt, insbesondere für sprachliche Formulierungsvorschläge, kritische Reflektion sowie zur Vorbereitung und Durchführung statistischer Analysen. Alle Ergebnisse der KI-Tools wurden fachlich geprüft; die Verantwortung für Auswahl, Weiterbearbeitung, Interpretation und Darstellung liegt bei den Autor*innen.

Beiträge: Einleitung: RH, JS; Datenauswertung: RH; Ergebnisse RH, JS; Zusammenfassung: RH, JS, KRG, Empfehlungen KRG, JS, RH.

politischen Einstellungen zusammenhängen. Angesichts der Landtagswahl 2026 bietet der Bericht Einblicke in die wahrgenommenen Problemlagen der Menschen und deren politischen Implikationen für den Wahlkampf 2026. Grundlage ist eine vertiefte Analyse der Daten des Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 (Reimer-Gordinskaya et al. 2025). Konzeptionell bezieht sich die vorliegende Untersuchung auf den Cleavage- und Triggerpunkt-Ansatz.

Gemäß der Cleavage-Theorie ergeben sich aus sozialstrukturellen Unterschieden von Bevölkerungsgruppen gegensätzliche und konflikthafte soziale Problemwahrnehmungen und politische Interessen (Hooghe und Marks 2018). Diese bieten den politischen Parteien Anlass, diese sozialen Probleme und Interessen zu politischen Themen zu machen, um dadurch Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren und sich selbst im Parteiensystem institutionell zu verankern (ebd.). Diese sozialstrukturell fundierten politischen Konfliktlinien werden Cleavages genannt. Der klassische Cleavage-Ansatz wies darauf hin, dass die Gegensätze von Stadt und Land, Kirche und Staat, Kapital und Arbeit sowie zwischen Zentrum und Peripherie die wesentlichen soziopolitischen Konfliktlinien in der Gesellschaft darstellten und durch Parteien entsprechend repräsentiert waren (Lipset und Rokkan 1967). Angesichts zwischenzeitlicher gesellschaftlicher Transformationen wird die beschreibende und erklärende Kraft dieses Modells seit geraumer Zeit hinterfragt. Aktuelle Untersuchungen verweisen etwa darauf, dass in der Gegenwart insbesondere der Gegensatz zwischen niedrigem und hohem Bildungsniveau für soziopolitische Konfliktlinien bedeutsam ist (Hooghe und Marks 2018; Prieur 2026). Grund dafür ist, dass durch die Globalisierung Menschen mit einem geringen Qualifikationsniveau durch den Wettbewerb auf dem (Arbeits-)Markt stärker von Unsicherheit betroffen sind als Menschen mit einem hohen Qualifikationsniveau (Prieur 2026). Demnach haben sich zwei Bevölkerungsgruppen entlang eines Cleavages herausgebildet, einerseits die Globalisierungsverlierer, die nationalistisch und kritisch gegenüber globalem Handel, Umweltschutz sowie Migration eingestellt sind, andererseits die Globalisierungsgewinner, die von der weltweiten Vernetzung profitieren und offen für transnationale Einbindungen, Migration und Umweltschutz sind (Ford und Jennings 2020). Die neuen soziopolitischen Konfliktlinien haben in der Folge zur Entstehung von neuen politischen Parteien im rechten und linken Spektrum geführt, weil die bestehenden Parteien die sozialen Probleme und politischen Interessen nicht angemessen im politischen Parteiensystem repräsentiert haben (Westheuser und Zollinger 2025). Gemäß dem Ansatz würde neben dem Geschlecht, Alter, Einkommen, Region insbesondere das Bildungsniveau und ausgewählte politische Einstellungen im Zusammenhang mit den wahrgenommenen sozialen Problemen stehen. Unter soziopolitischen Konfliktlinien verstehen wir demnach soziale Problemlagen, die

sozialstrukturell und politisch verankert sind und durch klar konturierte unterschiedliche Bevölkerungsgruppen getragen werden.

Der Ansatz der Triggerpunkte geht im Gegensatz zur Cleavage-Theorie davon aus, dass soziale Probleme (Beispielsweise Migration, Klima etc.) politisch aufgeladen und zu Triggerpunkten gemacht werden, die sich entladen, wenn Vorstellungen von Gleichbehandlung, Normalitätserwartungen, Kontrollbedürfnis und Zumutbarkeit verletzt werden (Mau et al. 2023). Lux, Mau und Jacobi (2022) sehen daher in einer bestimmten Art der Politisierung von Problemen einen wichtigen Treiber gesellschaftlicher Spaltung, durch die politische Konfliktlinien entstehen oder verstärkt werden können. Demnach müssten Parteibindung und politische Einstellungen, wie beispielsweise die Verortung auf dem Links-Rechts-Spektrum, in einem stärkeren Zusammenhang mit sozialen Problemen stehen als sozialstrukturelle Merkmale. Folglich wären Bevölkerungsgruppen eher durch politische Einstellungen und Weltanschauungen, also durch politische Konfliktlinien voneinander getrennt als von soziopolitischen Konfliktlinien. Unter politischen Konfliktlinien fassen wir soziale Probleme, die in Zusammenhang mit politischen Einstellungen stehen und von diesbezüglich unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen getragen werden. Im Falle politischer Konfliktlinien sind es also die politischen Einstellungen selbst, die die Problemwahrnehmungen beeinflussen, während es bei soziopolitischen Konfliktlinien in erster Linie sozialstrukturelle Merkmale sind, welche sich aber laut Cleavage-Theorie in politische Einstellungen und Parteibindung übersetzen.

Inwiefern die in der Bevölkerung wahrgenommenen sozialen Probleme eher mit soziopolitischen oder mit politischen Merkmalen zusammenhängen, stellt eine wichtige sozial- und politikwissenschaftliche Fragestellung mit praktischen Implikationen für den Landtagswahlkampf 2026 in Sachsen-Anhalt dar. Zeigen die folgenden Analysen, dass soziale Probleme vor allem sozialstrukturell und erst in zweiter Linie politisch verankert sind, spricht dies eher für soziopolitisch verankerte Konfliktlinien im Sinne der Cleavage-Theorie. Politische Angebote könnten dann stärker an Bevölkerungsgruppen und deren konkreten Lebenslagen ansetzen, etwa an der Erwerbssituation, an Einkommensverhältnissen, an Bildungschancen oder an der regionalen Struktur. Für den Wahlkampf würde dies bedeuten, dass Lebenslagen, konkrete Problemerfahrungen und daraus entstehende politische Interessen und Einstellungen berücksichtigt werden müssten, um die politische Resonanz zu erhöhen.

Wenn jedoch die sozialen Probleme stärker politisch verankert sind, spricht dies eher für den Trigger-Ansatz. Dies würde bedeuten, dass politische Deutungen und Einstellungen für die Wahlkampfkommunikation relevant wären, die unabhängig von der sozialen Lage Menschen

binden könnten. Demnach könnten Parteien soziale Probleme durch politische Deutungen und Lösungsangebote rahmen, um die politischen Interessenslagen der Menschen zu berücksichtigen und die Parteibindung zu beeinflussen. Dies würde daraufhin deuten, dass die politischen Interessenslagen der Menschen unabhängig von den sozialstrukturellen Merkmalen wären.

Die vorliegende Untersuchung knüpft an den Überlegungen der Cleavage-Theorie und dem Trigger-Ansatz an und fragt inwiefern die sozialen Probleme soziopolitisch oder politisch verankert sind, also ob unterschiedliche Bevölkerungsgruppen spezifische Problemwahrnehmungen aufweisen, die sich entweder entlang sozialstruktureller und/oder politischer Merkmale unterscheiden.

Zur Beantwortung der Fragestellung gehen wir schrittweise vor. Im ersten Schritt geht es darum herauszufinden, welche sozialen Probleme von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Im zweiten Schritt wird untersucht, ob die sozialen Probleme mit sozialstrukturellen Merkmalen und/oder politischen Einstellungen verknüpft sind. Dabei wird auch untersucht, welche politische Einstellungen und Parteien im Zusammenhang mit sozialen Problemen stehen, um politische Mobilisierungs- und Bindungspotentiale zu identifizieren. Im dritten Schritt wird analysiert, ob sich die Befragten anhand ihrer wahrgenommenen Probleme bzw. Problembündel (häufig gemeinsam auftretende Problemnennungen) zu unterschiedlichen Gruppen zusammenfassen lassen. Anschließend wird untersucht, ob diese Gruppen mit sozialstrukturellen Merkmalen und/oder politischen Einstellungen zusammenhängen. Zeigt sich, dass bestimmte Gruppen mit ihren spezifischen Problemen systematisch mit sozialstrukturellen und politischen Merkmalen verbunden sind, kann dies als Hinweis auf soziopolitisch verankerte Konfliktlinien verstanden werden. In diesem Fall würden Problemwahrnehmungen auf unterschiedliche Lebenslagen und politische Interessen/Einstellungen verweisen. Zeigt sich hingegen, dass die Gruppen mit ihren spezifischen Problembündeln vor allem mit politischen Einstellungen zusammenhängen, während sozialstrukturelle Merkmale keine Rolle spielen, spricht dies eher für politisch „getriggerte“ Konfliktlinien. In diesem Fall wären Problemwahrnehmungen weniger Ausdruck von sozialstrukturellen Lebenslagen, sondern stärker Ausdruck politisch zugespitzter Deutungen und einer entsprechenden parteipolitischen Mobilisierung. Angesichts der Landtagswahl 2026 in Sachsen-Anhalt bietet die vorliegende Analyse demnach einen guten Einblick in wahrgenommene soziale Problemlagen und deren Zusammenhang mit sozialstrukturellen und politischen Merkmalen.

2. Methodische Herangehensweise

Zur Beantwortung der Untersuchungsfragen werden die Daten des Sachsen-Anhalt-Monitors 2025 verwendet. Die Datenerhebung basiert auf der repräsentativen Umfrage zum Sachsen-Anhalt-Monitor 2025 unter Bürger*innen Sachsen-Anhalts, die zum Zeitpunkt der Umfrage 16 Jahre[2] oder älter waren. Zwischen dem 23.05.2025 und 14.07.2025 führte die T.I.P. Marktforschung im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt 1.101 Interviews durch, die von Forschenden des Instituts für demokratische Kultur der Hochschule Magdeburg-Stendal umfassend ausgewertet und interpretiert wurden (Reimer-Gordinskaya et al. 2025).

Die Befragten wurden auch gebeten, die aus ihrer Sicht drei wichtigsten Probleme zu benennen, die in Sachsen-Anhalt zu lösen sind. Anders als üblich wurden keine vorgegebenen Antwortoptionen präsentiert, sondern die Befragten konnten ihre Probleme frei formulieren. Auf diese Weise wurden den subjektiven Prioritäten und Deutungsmustern mehr Raum gegeben.

Die große Zahl frei formulierter Antworten wurde für das vorliegende Policy Paper in einem ersten Schritt mithilfe einer Künstlichen Intelligenz (KI) vorkategorisiert. Die KI entwickelte aus allen Antworten eine Reihe von Problemkategorien. Die Qualität der KI-gestützten Einordnung in Problemkategorien wurde anschließend durch die Autor*innen kontrolliert und, wo nötig, korrigiert und verfeinert.

3. Ergebnisse

3.1 Welche Probleme werden am häufigsten genannt?

Die 1.101 repräsentativ befragten Menschen in Sachsen-Anhalt haben mit 38,5% am häufigsten den Problemkomplex Wirtschaft, Arbeit und Löhne genannt (siehe Abbildung 1). Die Sorge gilt insbesondere der allgemeinen Wirtschaftslage, dem Strukturwandel und der damit verbundenen Angst vor Arbeitslosigkeit, aber auch vor zu niedrigen Löhnen.

Auf Platz zwei folgen Fragen von Infrastruktur, Personalmangel, Kommune und Einkaufen (30,0%). Hier dominiert die Thematisierung von Mobilität im analogen wie digitalen Raum. Die Menschen beschäftigen marode Straßen, Brücken und Radwege, unzureichender ÖPNV sowie der langsame Ausbau von Digitalisierung und Internet, aber auch fehlende Einkaufsmöglichkeiten und Fachkräfte vor Ort.

Obwohl Migration in den Medien stark präsent ist, rangiert Migration, Asyl und Zuwanderung mit 22,7% in der vorliegenden Auswertung auf Platz drei. Meist werden allgemeine Formulierungen gewählt, so ist etwa häufig von Migration oder Migrationspolitik die Rede. Teils wird aber auch

[2] In der vorliegenden Analyse sind die Jugendlichen im Alter von 16 und 17 Jahren berücksichtigt wurden, um die Problemwahrnehmung von jungen Menschen und nicht nur von Wahlberechtigten zu berücksichtigen.

spezifischer ein zu hoher Ausländeranteil benannt oder vor Kriminalität gewarnt. In dieser Problemwahrnehmung wird Migration, Asyl und Zuwanderung als Belastung wahrgenommen.

An vierter Stelle liegt der Komplex Bildung, Schule, Kita, Kinder- und Jugend-Angebote der von 21,7% der Befragten genannt wird. Hier geht es vor allem um die allgemeine Sorge um das Bildungssystem, Lehrerkräfte- und Kitaplatzmangel, sowie fehlende Jugend- und Freizeitangebote.

Bei Gesundheit, Pflege und medizinischer Versorgung (10,6 %) gilt die Sorge der Befragten vor allem der Qualität von und dem Zugang zu medizinischer Versorgung, welche die Bürger*innen durch den Ärztinnenmangel und die Schließungen von Krankenhäusern und Arztpraxen besonders im ländlichen Raum bedroht sehen.

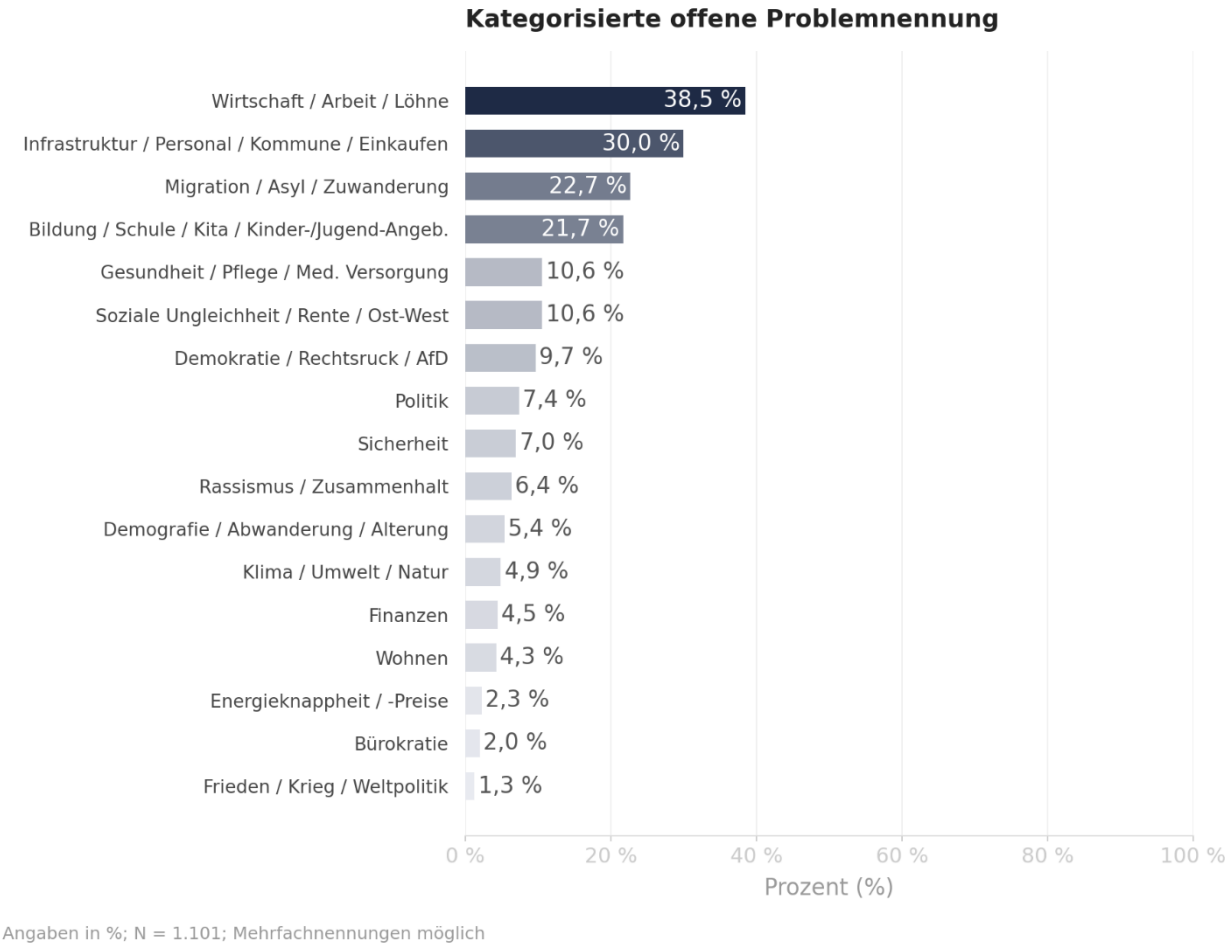


Abbildung 1: Kategorisierte offene Problemnennung (Anteil in % der Befragten)

Auch soziale Ungleichheit, Rente, Ost-West-Unterschiede (10,6 %) stehen weit oben auf der Agenda der Bürger*innen Sachsen-Anhalts. Hierbei treibt die Menschen besonders die Sorge vor

(Alters-) Armut und niedrigen Renten um, aber auch die steigenden Lebenshaltungskosten sowie die anhaltende Ungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland.

9,7% der Befragten sehen eine Gefährdung der Demokratie. Hier dominiert die Sorge vor dem Erstarken der AfD, sowie Rechtsextremismus. Ein sehr kleiner Teil der Befragten sieht aber auch in der fehlenden politischen Einbindung der AfD eine Gefahr für die Demokratie.

7,4% der Befragten bewerten die Politik als Problem und damit die allgemeine politische Lage und die politischen Akteur*innen, die sie als unfähig, untätig oder nicht bürgernah empfinden. 6,4% sehen in dem fehlenden oder schrumpfenden wahrgenommenen gesellschaftlichen Zusammenhalt und im Rassismus eine Gefahr für Sachsen-Anhalt. Dazwischen rangiert das Thema Sicherheit (7,0%). Hier beklagen die Befragten ein zunehmendes Unsicherheitsgefühl durch mutmaßlich steigende Kriminalität und Gewalt. Teilweise wird diese Entwicklung auch mit Jugendlichen oder Drogen in Verbindung gebracht.

Des Weiteren wurden auch Demografie/Abwanderung/Alterung (5,4%), Klima/Umwelt/Natur (4,9%), die finanzielle Lage des Bundeslandes und seiner Landkreise und Kommunen (4,5%), sowie das Thema Wohnen (4,3%) genannt. Auf den unteren Plätzen folgen die Themen Energieknappheit und -preise (2,3%), Bürokratie (2,0%) und der Themenkomplex Krieg/Frieden/Weltpolitik (1,3%).

3.2 Inwiefern stehen die sozialstrukturellen und/oder politischen Merkmale der Befragten in Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Problemen?

Zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Problemwahrnehmung, sozialstrukturellen und politischen Merkmalen haben wir Geschlecht, Alter, Schulabschluss, Erwerbsstatus, Einkommen, Religion, Wohnumgebung, Parteibindung und Links-Rechts-Einstellung berücksichtigt. Diese Auswahl der Merkmale erfolgte auch unter Berücksichtigung des Cleavage-Ansatzes, der von soziopolitischen Konfliktlinien zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (geringes vs. hohes Bildungsniveau, geringes Einkommen vs. hohes Einkommen, Stadt vs. Land, Religiös vs. Nicht-Religiös) ausgeht und unterstellt, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen auch unterschiedliche soziale Probleme und politische Interessen/Einstellungen haben, die wiederum durch Parteien repräsentiert werden.

Tabelle 1: Top-7-Problemnennung, soziale Lage und politische Merkmale (Zeilen%)

Top 7 - kategorisierte offene Problemnennung

	Wirtschaft/ Arbeit/ Löhne	Infra-struktur/ Personal/ Kommune/ Einkaufen	Migration/ Asyl/ Zuwanderung	Bildung/ Schule/ Kita/ Jugend-/ Kinder-/ Angeb.	Soz. Ungl./ Rente/ Ost-West	Gesundheit/ Pflege/ mediz. Vers.	Politik
GESCHLECHT							
Weiblich	38,1	26,6*	23,4	23,8	9,9	12,8	5,7
Männlich	39,2	33,3*	22,0	19,5	11,3	8,5	9,2
ALTER							
16–30 J.	32,7*	25,3*	21,6*	30,9*	13,5	1,8*	14,7*
31–60 J.	42,5*	27,6*	28,9*	17,1*	8,6	9,1*	5,2*
61+ J.	36,4*	33,9*	17,1*	22,9*	11,6	15,3*	7,2*
SCHULABSCHLUSS							
Kein Abschl.	22,2*	13,0*	20,4*	0,0*	35,2*	9,3	20,4*
Hauptschule	29,3*	34,4*	20,9*	19,6*	9,2*	9,2	8,0*
Realschule	41,2*	30,2*	26,6*	20,1*	9,6*	12,5	6,9*
(Fach-)Abitur	40,2*	31,8*	18,9*	26,1*	9,8*	9,5	6,8*
ERWERBSSTATUS							
Erwerbstätig	43,1*	29,2*	29,2*	19,7*	9,0	10,0*	6,8
Ausb./Stud.	39,7*	27,4*	5,5*	39,7*	11,0	0,0*	8,2
Erwerbslos	41,1*	8,1*	36,5*	16,4*	6,8	6,8*	9,5
Rentner*in	33,7*	35,9*	14,2*	21,5*	12,2	14,6*	7,1
EINKOMMEN							
bis 2.000 €	29,5*	32,1*	20,5	21,4	11,0*	11,1	12,4*
bis 3.000 €	40,5*	34,2*	19,0	20,0	6,5*	11,0	6,0*
3.000 € +	49,8*	31,1*	26,8	22,6	8,5*	10,7	6,1*
RELIGION							
Christlich	34,9	32,5	17,9	17,0*	9,4	12,3	7,5
andere Religion	27,8	33,3	11,1	38,9*	5,6	11,1	0,0
keine Religion	39,6	29,3	24,1	22,5*	10,9	10,2	7,5
WOHNUMGEBUNG							
Großstadt	40,1	33,8*	28,6*	14,9*	9,7	6,3*	4,9
Klein-/Mittelst.	40,4	22,5*	21,5*	24,4*	10,9	14,2*	8,4
Dorf	34,6	37,5*	20,0*	23,3*	10,7	9,0*	7,8
PARTEIBINDUNG							
AfD	43,2	28,0	48,6*	15,7	11,9	10,3	8,6
CDU	41,7	32,6	24,3*	22,2	4,9	8,3	4,9
BSW	48,6	30,0	18,6*	24,3	14,3	11,4	5,7
FDP	41,2	35,3	0,0*	23,5	0,0	5,9	11,8
B90/Grüne	28,9	28,9	5,3*	15,8	7,9	5,4	15,8
SPD	33,7	30,8	8,8*	19,8	7,7	14,1	5,4
Die Linke	31,6	32,6	8,4*	17,9	12,6	13,5	10,4
keine Parteibindung	37,5	29,4	16,4*	27,1	12,2	10,4	7,0
LINKS-RECHTS							
(eher) links	31,2*	31,2	9,2*	25,4*	9,5	11,6	8,8
Mitte	43,8*	30,7	22,1*	22,1*	10,2	11,8	6,5
(eher) rechts	38,0*	27,1	39,4*	16,8*	12,3	7,4	7,4

niedrig Werte in % hoch

* Signifikanter Unterschied innerhalb der Gruppe (χ^2-Test, $p < 0,05$); Kategorien „keine Angabe" wurden nicht dargestellt.

Kategorisierte offene Problemnennung – Themenpriorisierung nach Bevölkerungsgruppen
Lesehilfe: 43,1 % der Erwerbstätigen nennen Wirtschaft/Arbeit als wichtigstes Problem.

Die Tabelle 1 gibt einen Überblick über die empirischen Zusammenhänge zwischen Problem-Kategorien und berücksichtigten Merkmalen. Dabei haben wir die häufigsten sieben Problemnennungen (Top-7, im Anhang findet sich die Tabelle für die Top-11 Nennungen) berücksichtigt. Betrachtet man die Nennung „Wirtschaft/Arbeit/Löhne, dann zeigt sich, dass dieser Themenkomplex von Männern (39,2%) und von Frauen (38,1%) fast gleich häufig genannt wird.

Unter Berücksichtigung des Alters weist die mittlere Altersklasse (31 und 60 Jahren) mit 42,5% das höchste Niveau aus. Interessanterweise geben eher Befragte mit einem höheren schulischen Bildungsniveau (Realschule: 41,2%; Fach-/Abitur: 40,2%) an, dass „Wirtschaft/Arbeit/Löhne“ ein Problem darstellt, als Befragte mit einem geringen schulischen Bildungsniveau (kein Schulabschluss 22,2%; Hauptschulabschluss: 29,3%). Ähnlich verhält es sich mit dem Einkommensniveau. Die Arbeitsbedingungen werden von Befragten mit einem hohen Einkommen (mehr als 3.000 €: 49,8%) eher problematisiert als von Personen mit einem geringen Einkommen (bis 2.000 €: 29,5%). (Potenzielle) Erwerbspersonen (Erwerbstätige: 43,1%; Erwerblose: 41,1%; Auszubildende/Studierende: 39,7%) thematisieren Wirtschaft, Arbeit und Löhne als Problem häufiger als Rentner*innen (33,7%). Darüber hinaus zeigt sich, dass Befragte aus einer Großstadt (40,1%) oder aus einer Klein-/Mittelstadt (40,4%) es häufiger problematisieren als Befragte aus einem Dorf (34,6%). Befragte, die sich politisch mittig positionieren, äußern Wirtschaft, Arbeit und Löhne häufiger als Problem (43,8%) als (eher) links (31,2%) oder (eher) rechts (38%) orientierte Befragungspersonen.

Infrastruktur wird als Problem insbesondere von älteren Befragten (33,9%), von Erwerbstätigen (29,2%), Auszubildenden, Studierenden, Schüler*innen (27,4%) und Rentner*innen (35,9%) genannt. Erwerbslose (8,1%) und Befragte ohne Schulabschluss (13,0%) thematisieren das Problem kaum. Am höchsten ist der Anteil unter Dorfbewohner*innen (37,5 %).

Das Thema „Migration“ wird in der mittleren Altersklasse mit 28,9% häufiger als in anderen Altersklassen genannt. Ähnlich verhält es sich bei dem schulischen Bildungsniveau. Befragte mit Realschulabschluss weisen mit 26,6% den höchsten Anteil unter den schulischen Bildungsniveaus aus. Unter Berücksichtigung des Erwerbsstatus‘ zeigt sich, dass Auszubildende, Studierende und Schüler*innen mit 5,5% Migration am seltensten problematisieren, während Erwerbslose mit 36,5% den höchsten Anteil ausweisen. Befragte, die aus einer Großstadt kommen nennen Migration mit 28,6% häufiger als Personen aus einer Klein-/Mittelstadt (21,5%) bzw. einem Dorf (20%). Befragte, die sich der AfD gebunden fühlen, problematisieren mit 48,6% am meisten Migration. Mit Blick auf die politische Selbstverortung, sind es vor allem Befragte, die sich als (eher) rechts bezeichnen, die mit 39,4% Migration häufig nennen. Bildung stellt insbesondere für

Befragte in der jüngsten Altersklasse (bis 30 Jahre) mit 30,9% ein Problem dar. Es lässt sich auch ablesen, dass mit steigendem Schulabschluss „Bildung“ häufiger als Problem thematisiert wird. Befragte mit einem (Fach-)Abitur geben dies mit 26,1% an. 25,4% der Befragten mit einer eher linken politischen Orientierung nehmen Bildung als Problem wahr. Dieses Niveau ist höher als bei Befragten mit einer mittigen (22,1%) oder mit einer rechten politischen Orientierung (16,8%). Personen die sich aktuell in Ausbildung, Schule oder Studium befinden, weisen mit 39,7% den höchsten Anteil unter allen berücksichtigten Merkmalen aus.

Soziale Ungleichheit wird mit 35,2 % von Befragten ohne einen Schulabschluss besonders häufig angesprochen. Das Thema Gesundheit wird bei älteren Befragten (61 Jahre und mehr) mit 15,3% und bei Rentner*innen mit 14,6% überdurchschnittlich oft erwähnt. Politik wird von Befragungspersonen im jugendlichen Alter (16-30 Jahre) mit 14,7%, ohne einen Schulabschluss mit 20,4% und mit einem geringen Einkommensniveau (≤ 2.000 €) mit 12,4% überdurchschnittlich oft thematisiert. Die Parteibindung und die Links-Rechts-Einstellung stehen mit sozialer Ungleichheit, Gesundheit und Politik als Problemfelder nicht in Zusammenhang. Folglich sind diese Felder weniger politisch gebunden, als das Thema Migration.

Tabelle 2: Zusammenhangsanalyse (Cramers V in den Zellen)

Top 7 - Zusammenhangsanalyse

	Wirtschaft/ Arbeit/ Löhne	Infra-struktur/ Personal/ Kommune/ Einkaufen	Migration/ Asyl/ Zuwanderung	Bildung/ Schule/ Kita/ Jugend-/ Kinder-/ Angeb.	Soz. Ungl./ Rente/ Ost-West	Gesundheit/ Pflege/ mediz. Vers.	Politik
Geschlecht	0,028	0,075*	0,017	0,051	0,032	0,073	0,070
Alter	0,076*	0,076*	0,131*	0,114*	0,059	0,152*	0,121*
Bildung	0,123*	0,098*	0,130*	0,196*	0,191*	0,082	0,123*
Erwerbs-status	0,122*	0,149*	0,220*	0,123*	0,083	0,131*	0,058
Einkommen	0,169*	0,092*	0,072	0,023	0,104*	0,021	0,119*
Religion	0,047	0,030	0,068	0,075*	0,028	0,026	0,036
Umgebung	0,054	0,148*	0,080*	0,095*	0,016	0,108*	0,055
Partei-bindung	0,115	0,044	0,351*	0,118	0,101	0,077	0,094
Links-Rechts	0,110*	0,036	0,269*	0,077*	0,036	0,062	0,037

schwach — stark

* p < ,05 (signifikanter χ^2-Test)

Cramér's V (0-1)

Die Tabelle 2 stellt den Zusammenhang zwischen den wahrgenommenen sozialen Problemen und den ausgewählten sozialstrukturellen und politischen Merkmalen dar. Der Zusammenhang wurde mit der statistischen Kennziffer Cramers V rechnerisch ermittelt. Die Werte liegen zwischen 0 und

1. Hohe Werte bedeuten einen starken Zusammenhang. Signifikante Zusammenhänge zeigen sich insbesondere für Alter (6 von 7 Problemen), Bildung (6 von 7), Erwerbsstatus (5 von 7), Einkommen und Wohnumgebung (jeweils 4 von 7). Für die Parteibindung gilt dies nur für das wahrgenommene Problem Migration/Asyl/Zuwanderung. Die Links-Rechts-Selbstverortung steht in Zusammenhang mit Wirtschaft/Arbeit/Löhne, Migration/Asyl/Zuwanderung und Bildung/Schule/Kita/Jugend-/Kinderangebot. Die Ergebnisse deuten demnach darauf hin, dass die Parteibindung zwar einen starken Zusammenhang mit einem der Top-7-Nennungen (Migration/Asyl/Zuwanderung) hat, aber offensichtlich nicht alle wahrgenommenen Probleme weltanschaulich strukturiert. Gleichzeitig ist auch erkennbar, dass die Nennung von Migration/Asyl/Zuwanderung als Problem in Zusammenhang mit sozialstrukturellen Merkmalen, wie Erwerbsstatus, Bildung und Alter steht. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die sozialstrukturellen Merkmale zwar häufiger, aber auf einem niedrigen Niveau, mit sozialen Problemen in Zusammenhang stehen als die politischen Merkmale. Daraus lässt sich schließen, dass die Nennung von sozialen Problemen überwiegend mit sozialstrukturellen Merkmalen zusammenhängt. Nur bei Migration/Asyl/Zuwanderung und etwas weniger bei Arbeit und Bildung finden sich sowohl sozialstrukturelle als auch politische Merkmale die mit diesen in Zusammenhang stehen.

Tabelle 3: Top-7 Problemnennungen nach Links-Rechts und Parteibindung (Spalten%)

Top-7 Probleme nach Links-Rechts-Gruppierung und Parteibindung

Heatmap der Spaltenprozente: Jede Problemspalte zeigt, wie sich die Befragten mit Nennung dieses Problems auf die Gruppen verteilen. Keine Gesamtzeile.

Gruppe	Wirtschaft / Arbeit / Lohn LR: V=0,109 ** PB: V=0,097 n.s.	Infrastruktur / Kommune LR: V=0,036 n.s. PB: V=0,038 n.s.	Migration / Asyl LR: V=0,269 *** PB: V=0,352 ***	Bildung / Kinder / Jugend LR: V=0,077 * PB: V=0,113 n.s.	Gesundheit / Pflege LR: V=0,062 n.s. PB: V=0,064 n.s.	Soziale Ungleichheit / Rente / Ost-West LR: V=0,036 n.s. PB: V=0,101 n.s.	Politik LR: V=0,037 n.s. PB: V=0,087 n.s.
Links-Rechts-Gruppierung							
LR: (eher) links	24,1 %	31,0 %	12,0 %	34,7 %	32,5 %	26,7 %	35,4 %
LR: Mitte	50,5 %	45,6 %	43,2 %	45,2 %	49,6 %	43,1 %	39,0 %
LR: (eher) rechts	25,5 %	23,4 %	44,8 %	20,1 %	17,9 %	30,2 %	25,6 %
Parteibindung							
PB: CDU	14,2 %	14,5 %	14,2 %	13,6 %	10,5 %	6,1 %	8,5 %
PB: AfD	24,9 %	20,9 %	47,8 %	16,1 %	21,9 %	25,2 %	25,6 %
PB: Die Linke	7,1 %	9,5 %	3,2 %	7,2 %	11,4 %	10,4 %	12,2 %
PB: SPD	7,3 %	8,6 %	3,2 %	7,6 %	11,4 %	6,1 %	6,1 %
PB: B90/Grüne	2,6 %	3,4 %	0,8 %	2,5 %	1,8 %	2,6 %	7,3 %
PB: FDP	1,7 %	1,8 %	0,0 %	1,7 %	0,9 %	0,0 %	2,4 %
PB: BSW	8,1 %	6,5 %	5,3 %	7,2 %	7,0 %	8,7 %	4,9 %
PB: keine Parteibindung	34,1 %	34,8 %	25,5 %	44,1 %	35,1 %	40,9 %	32,9 %

niedrig — hoch

Farbskala: Spaltenprozente innerhalb der Problemnennung

Kennziffern im Spaltenkopf: Cramer's V je Problem für Links-Rechts-Gruppierung (LR) und Parteibindung (PB); *** p<,001, ** p<,01, * p<,05, n.s. nicht signifikant.
Hinweis: Die Prozentwerte stammen aus SPSS-Spaltenprozenten der Kategorie 'genannt'. Rundungsdifferenzen sind möglich; leere Zellen wurden als 0,0 % visualisiert.

Die Tabelle 3 bietet nun die Möglichkeit aus Sicht der Befragten, die ein bestimmtes Problem genannt haben, die entsprechende Links-Rechts-Einstellung und die Parteibindung abzulesen. Befragte, die Wirtschaft, Arbeit oder Lohn problematisieren, verorten sich mit 50,5% in der politischen Mitte und fühlen sich mit 34,1% nicht einer Partei gebunden. Dieses Muster sieht man auch bei anderen Problemnennungen mit Ausnahme von Migration, Asyl, Zuwanderung. Befragungspersonen, die Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, soziale Ungleichheit oder Politik problematisieren, verorten sich mehrheitlich in der politischen Mitte und fühlen sich häufig keiner Partei gebunden. Das deutet darauf hin, dass die Parteien mit der passenden politischen Lösungs- und Kommunikationsstrategie politische Mobilisierungs- und Bindungspotentiale haben. Das Thema Migration, Asyl und Zuwanderung hat die AfD politisch besetzt. Hier ist das Mobilisierungs- und Bindungspotential geringer. Vertiefende Analysen, die hier auszugsweise genannt werden, zeigen, dass das Problem der Sicherheit von Befragten genannt wird, die sich mit der AfD oder BSW gebunden fühlen. Das Problem „Rassismus / Zusammenhalt“ und „Klima / Umwelt / Natur“ wird von Befragten mit einer Bindung zur „die Linke“ bzw. „B90/den Grünen“ genannt. Diese Problembereiche werden jedoch insgesamt deutlich seltener thematisiert. Daher lässt sich zwar eine Parteibindung bei diesen Problemen beobachten, aber sie weisen eine geringere gesellschaftliche Reichweite und damit ein geringes politisches Mobilisierungs- und Bindungspotential auf.

Tabelle 4: Links-Rechts-Gruppierung und Parteibindung

Links-Rechts-Gruppierung und Parteibindung

Kreuztabelle als Heatmap: Binnenzellen = Zeilenprozent und Anzahl; Gesamt-Spalte = Spaltenprozent; Gesamt-Zeile = Zeilenprozent

Links-Rechts gruppiert	AfD	CDU	BSW	FDP	B90/ Grüne	SPD	Die Linke	keine Parteib.	keine Angabe	Gesamt % Spalte (n)
(eher) links (0-4)	3,1 % n=10	6,7 % n=22	7,4 % n=24	0,9 % n=3	8,3 % n=27	18,4 % n=60	23,3 % n=76	30,7 % n=100	1,2 % n=4	29,6 % n=326
Mitte (5)	15,9 % n=78	16,9 % n=83	7,1 % n=35	2,0 % n=10	1,4 % n=7	5,9 % n=29	3,1 % n=15	45,9 % n=225	1,6 % n=8	44,5 % n=490
(eher) rechts (6-10)	54,4 % n=155	13,7 % n=39	3,5 % n=10	1,4 % n=4	1,4 % n=4	1,1 % n=3	1,1 % n=3	21,1 % n=60	2,5 % n=7	25,9 % n=285
Gesamt % Zeile (n)	22,1 % n=243	13,1 % n=144	6,3 % n=69	1,5 % n=17	3,5 % n=38	8,4 % n=92	8,5 % n=94	35,0 % n=385	1,7 % n=19	**100,0 % N=1101**

niedrig — hoch

Farbskala: Zeilenprozente innerhalb der Links-Rechts-Gruppen

Chi-Quadrat-Test: $\chi^2(16) = 463{,}209$; $p < {,}001$; Cramer's V = ,459; N = 1099.
Lesehilfe: 54,4 % der Befragten, die sich als (eher) rechts einordnen, geben eine AfD-Parteibindung an.

Die Tabelle 4 zeigt den Zusammenhang zwischen der Links-Rechts-Verortung und der Parteibindung. Daraus lässt sich ablesen, wo das politische Mobilisierungs- und Bindungspotential in Abhängigkeit von der politischen Links-Rechts-Selbstverortung der Bevölkerung für die

Parteien noch ausschöpfbar ist. 29,6% der Befragten verorten sich (eher) links, 44,5% in der politischen Mitte und 25,9% eher rechts. Im rechten politischen Spektrum ist das politische Mobilisierungs- und Bindungspotential vergleichsweise mit 21,1% eher gering, weil die AfD in diesem politischen Feld dominiert. Doch das eher linke Spektrum und die politische Mitte weist mit 30,7% bzw. mit 45,9% einen hohen Anteil an Befragte, die sich keiner Partei gebunden fühlen. Hier ist als noch ein großes politisches Mobilisierungs- und Bindungspotential für die Parteien zu heben.

3.3 Lassen sich in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts Gruppen mit ähnlichen Problemwahrnehmungen und vergleichbaren Problembündeln identifizieren?

Die Befragten hatten die Möglichkeit bis zu drei Probleme in eigener Formulierung zu äußern. Einige der Befragten gaben an, dass ausschließlich Bildung ein Problem sei, während andere Bildung, Gesundheit und Infrastruktur problematisch finden. Es gibt auch Befragte, die nur Migration als ein Problem sehen, andere wiederum nennen Migration und Sicherheit. Aus dieser beispielhaften Aufzählung wird erkennbar, dass die Nennung von Problemen in Zusammenhang mit anderen Problemen, stehen kann, die zu Problembündel gruppiert werden können.

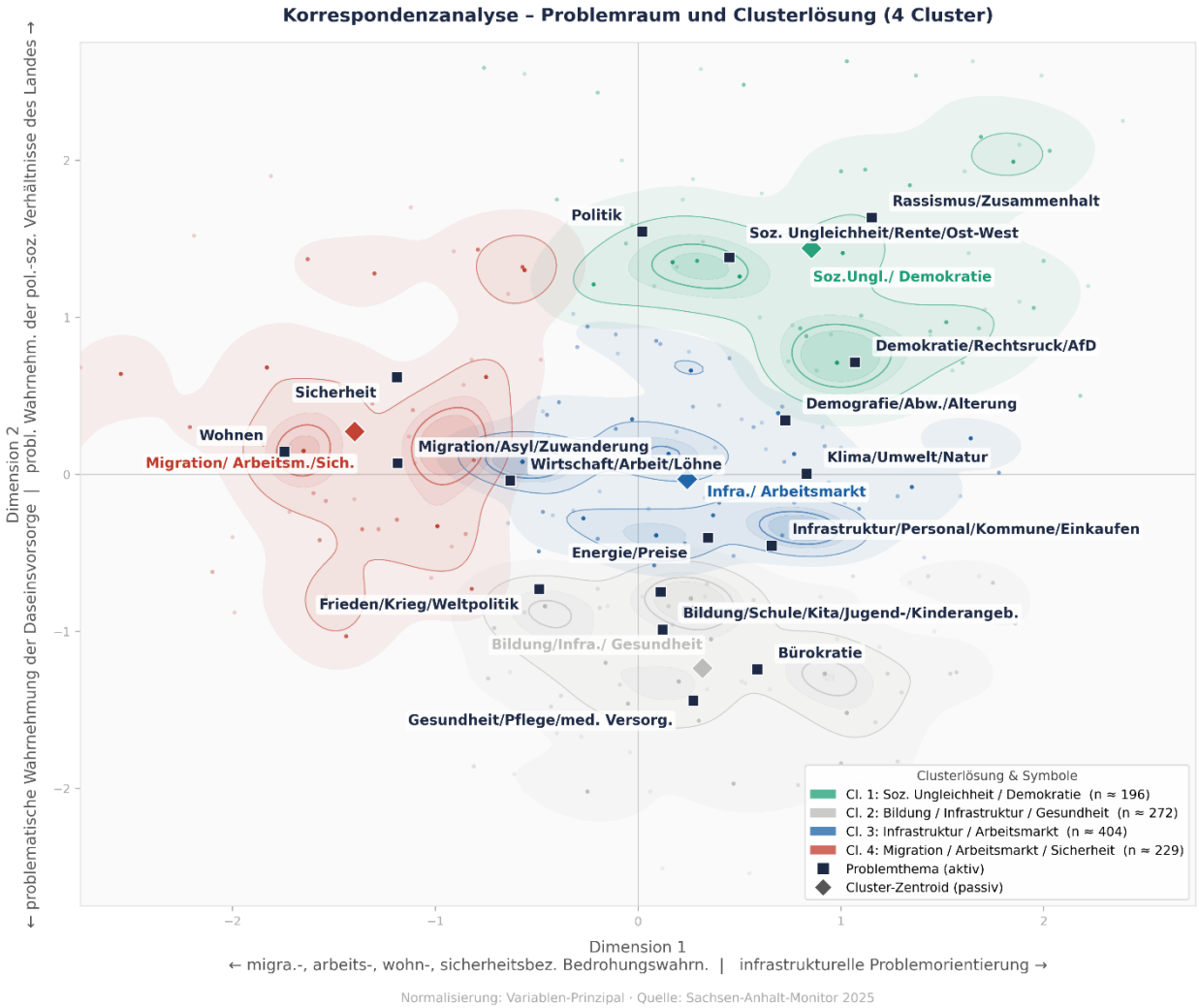
Zudem kann sowohl die Nennung von einzelnen Problemen als auch die Problembündel auf zugrundliegende Problemdimensionen zurückgeführt werden. Wo etwa Bildung, Gesundheit und Infrastruktur als Problembündel auftreten, könnten sie als Sorge um lokale Daseinsvorsorge verstanden werden. Eine gemeinsame Nennung von Migration und Sicherheit spräche eher für eine Wahrnehmung bestimmter Bevölkerungsgruppen als Bedrohung.

Um in diesem Sinne hinter die einzelnen Probleme zu blicken, wurden die Problemkategorien mit dem statistischen Verfahren der Korrespondenzanalyse auf zwei zugrunde liegende Dimensionen verdichtet. Vereinfacht gesagt sucht das Verfahren nach Mustern im Antwortverhalten, also danach welche Probleme typischerweise gemeinsam genannt (oder eben nicht gemeinsam genannt) werden, und fasst sie zu zwei Achsen zusammen. Man zwingt den Befragten also kein starres vorgefertigtes Korsett auf, sondern die Dimensionen folgen aus den Antworten der Befragten. So ergibt sich für jede befragte Person eine Position auf beiden Dimensionen. Diese kann man sich als die zwei Achsen eines Koordinatensystems vorstellen.

In Abbildung 2 lässt sich das Ergebnis der Korrespondenzanalyse ablesen. Dimension 1 trennt zwei grundlegend verschiedene Arten von Problemen: Auf der einen Seite stehen Wohnen, Migration/Asyl/Zuwanderung, Wirtschaft/Arbeit/Löhne und Sicherheit, auf der anderen Seite das Problem Infrastruktur/Personal/Kommune/Einkaufen. Die Nennung von Wohnen, Migration, Arbeit, Sicherheit weist darauf hin, dass die Befragten sich unmittelbar davon betroffen sehen und

sich dadurch belastet fühlen. Inwiefern mediale migrationsbezogene Bedrohungsnarrative die Problemwahrnehmung verstärkt haben, lässt sich nicht mit den Daten beantworten. Am anderen Pol der Achse finden sich Befragungspersonen, die in strukturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Probleme sehen. Hier werden der fehlende Ausbau der Infrastruktur, der Kommune, der Digitalisierung, der Mangel an Fachkräften, die defizitären Einkaufsstrukturen als Probleme genannt. Daher kann die erste Dimension als der Gegensatz zwischen einer migrations-, arbeits-, wohn- und sicherheitsbezogenen Bedrohungswahrnehmung und einer infrastrukturellen Problemorientierung bezeichnet werden.

Abbildung 2: Ergebnis der Korrespondenz- und Clusteranalyse



Die zweite Dimension lässt sich als Gegensatz zwischen der problematischen Wahrnehmung der Daseinsvorsorge und der politisch-sozialen Verfasstheit des Landes bezeichnen. Denn den unteren

Pol der zweiten Dimension bilden Bildung, Bürokratie, Gesundheit und Infrastruktur. Am oberen Ende der zweiten Dimension stehen gesellschaftspolitische Problemfragen, wie Politik, Rassismus/Zusammenhalt, soziale Ungleichheit und Demokratiegefährdung.

Auf Basis dieser beiden Dimensionen wurden die Befragten anschließend mit einer Clusteranalyse (Ward-Verfahren zur Orientierung, k-Means für die finale Lösung) in vier Gruppen eingeteilt. Die vier Gruppen entstehen, indem Befragte mit ähnlichen Problemwahrnehmungen zusammengefasst werden (Abbildung 2). Personen innerhalb einer Gruppe bzw. eines Clusters ähneln einander in ihrer Position auf den beiden Dimensionen, während sich die Cluster untereinander unterscheiden.

Tabelle 5: Clusterlösung – Problemprofile (Spalten%)

Clusterlösung – Problemprofile

	Cl. 1 Soz. Ungl. / Demokratie n ≈ 191 17%	Cl. 2 Bildung / Infra. / Gesundheit n ≈ 267 24%	Cl. 3 Infra. / Arbeit n ≈ 396 36%	Cl. 4 Arbeit / Migration / Sicherheit n ≈ 246 23%	Gesamt n ≈ 1101	Signifikanz
PROBLEMTHEMEN (SPALTENPROZENTE: ANTEIL JE CLUSTER)						
Soz. Ungleichheit/Rente/Ost-West	45 %	0 %	4 %	5 %	11 %	**
Rassismus/Zusammenhalt	32 %	0 %	1 %	1 %	6 %	**
Demokratie/Rechtsruck/AfD	30 %	3 %	10 %	0 %	10 %	**
Politik	23 %	0 %	4 %	9 %	7 %	**
Demografie/Abw./Alterung	10 %	2 %	8 %	2 %	5 %	**
Klima/Umwelt/Natur	7 %	7 %	5 %	0 %	5 %	**
Bildung/Schule/Kita/Jugend-/Kinderangeb.	3 %	67 %	8 %	10 %	22 %	**
Finanzen	2 %	10 %	4 %	2 %	4 %	**
Bürokratie	0 %	6 %	1 %	0 %	2 %	**
Gesundheit/Pflege/med. Versorg.	0 %	38 %	2 %	3 %	11 %	**
Infrastruktur/Personal/Kommune/Einkaufen	15 %	40 %	44 %	8 %	30 %	**
Wirtschaft/Arbeit/Löhne	15 %	30 %	42 %	60 %	38 %	**
Migration/Asyl/Zuwanderung	3 %	11 %	6 %	77 %	23 %	**
Sicherheit	5 %	2 %	1 %	24 %	7 %	**
Wohnen	1 %	1 %	2 %	15 %	4 %	**
Energie/Preise	0 %	4 %	2 %	2 %	2 %	n.s.
Frieden/Krieg/Weltpolitik	0 %	2 %	1 %	2 %	1 %	n.s.

niedrig hoch (Farbskala zeilenweise normiert)

Angaben in Spaltenprozent (Anteil je Cluster) · ** p < .001 · n.s. = nicht signifikant (Kontingenzkoeffizient) · N ≈ 1.101 (gewichtet)

Problemwahrnehmung und Cluster lassen sich gemeinsam in einer Karte darstellen (Abbildung 2). In ihr gilt: räumliche Nähe bedeutet inhaltliche Verbundenheit. Liegen Problemwahrnehmungen nah beieinander, werden sie oft gemeinsam genannt. Liegt ein Cluster nah bei einem Problemwahrnehmung, nennt diese Gruppe es relativ betrachtet häufiger. Die Achsen spannen die gegensätzlichen Pole der jeweiligen Dimensionen auf, und die Entfernung vom Mittelpunkt zeigt, wie stark sich eine Kategorie vom Durchschnitt aller Befragten abhebt. Diese geometrische Darstellung erlaubt es auch einen Eindruck zu bekommen, durch welche Linse Menschen auf die

Probleme schauen, etwa ob sie Migration oder eher Rassismus als ein gesellschaftliches Problem wahrnehmen.

Die berechneten Cluster lassen sich wie folgt beschreiben (siehe Tabelle 5):

- **Cluster 1 Soziale Ungleichheit & Demokratie** (n = 191; 17%) weist überdurchschnittlich häufig Nennungen zu sozialer Ungleichheit, Rente (45%), Rassismus/Zusammenhalt (32%), Demokratiegefährdung (30 %) und Politik (23%) auf.
- **Cluster 2 Bildung, Infrastruktur & Gesundheit** (n = 267; 24%) weist überdurchschnittlich häufig Nennungen zu Bildung (67%), Infrastruktur (40%), und Gesundheit (38%) auf.
- **Cluster 3 Infrastruktur & Arbeit** (n = 396; 36%): weist überdurchschnittlich häufig Nennungen zu Infrastruktur (44%) und Wirtschaft/Arbeit/Löhne (42 %) auf.
- **Cluster 4 Arbeit & Migration & Sicherheit** (n = 246; 23%): weist überdurchschnittlich oft Nennungen zu Wirtschaft/Arbeit/Löhne (60%), Migration/Asyl/Zuwanderung (77%) und Sicherheit (24%) auf.

Sichtbar wird in der Karte, dass sich alle Gruppen um ihre eigenen Zentren ballen und in eine andere Richtung des Koordinatensystems entwickeln, während sich in der Mitte das größte Cluster 3 „Infrastruktur und Arbeit“ mit 36% konzentriert. Gleichzeitig zeigt die Darstellung aber auch, dass die Übergänge zwischen den sich angrenzenden Gruppen fließend sind. Das ist kein Widerspruch, sondern liegt in der Sache begründet. Problemwahrnehmungen sind selten eindeutig, und viele Menschen nennen eine Mischung aus Themen, die zu mehreren Gruppen passt. Die Zuordnung erfolgt in solchen Fällen nach dem Prinzip der größten Nähe. Jede Person wird dem Cluster zugewiesen, dessen Zentrum ihrer eigenen Position am nächsten liegt. Die Cluster sind damit keine scharf abgegrenzten Schubladen, sondern verdichtete Schwerpunkte in einem kontinuierlichen Meinungsraum. Sie bezeichnen idealtypische Muster, ohne die Vielfalt innerhalb der Gruppen zu vernachlässigen.

Auf den ersten Blick scheinen unsere Befunde eine cleavage-artige Struktur anzudeuten. Menschen betonen „soziale Ungleichheit und Demokratie“ (Cluster 1), „Bildung, Infrastruktur und Gesundheit“ (Cluster 2), „Infrastruktur und Arbeit“ (Cluster 3) oder „Arbeit, Migration und Sicherheit“ (Cluster 4). Im nächsten Schritt stellt sich die Frage, inwieweit diese Cluster sozialstrukturell und/oder politisch bedingt sind.

3.4 Problembezogene Gruppenzugehörigkeit – sozial und/oder politisch strukturiert?

Die Tabelle 6 zeigt die Gruppen in Zusammenhang mit den sozialstrukturellen und politischen Merkmalen. Cluster 1 „soziale Ungleichheit und Demokratie“ weist mit 27% einen überdurchschnittlichen Anteil an Befragten mit einem (Fach-)Abitur aus. Der Anteil der Auszubildenden, Studierenden und Schüler liegt bei 9% auch überdurchschnittlich. Darüber hinaus zeigt sich, dass dieses Cluster überdurchschnittlich bereit ist ihre Lebensweise zu Gunsten des Klimawandel zu ändern (Mittelwert = 3,13), weist überdurchschnittlichen intensiven Kontakt mit Zugewanderten aus (MW = 3,02), tendiert eher nach links (MW = 4,40) und fühlt sich unterdurchschnittlich persönlich benachteiligt (MW = 2,15). Dieses Cluster sieht sich politisch überdurchschnittlich, aber immer noch auf einem niedrigen Niveau, bei B90/den Grünen, den Linken, der SPD und der FDP gebunden.

Das Cluster 2 „Bildung, Infrastruktur und Gesundheit“ weist mit 56% einen überdurchschnittlichen Anteil an Frauen, mit 26% einen überdurchschnittlichen Anteil an Befragten mit einem (Fach-)Abitur aus sowie mit 55,7 Jahren einen überdurchschnittlichen Altersdurchschnitt aus. Der Anteil der Rentner*innen liegt ebenfalls auf ein überdurchschnittliches Niveau mit 42%. Es zeigt sich, dass dieses Cluster mit 54% eher aus einem kleinen bis mittel städtischen Kontext kommt. Die Befragten des Clusters sind überdurchschnittlich bereit ihre Lebensweise zu Gunsten des Klimawandels zu ändern (Mittelwert = 3,08), neigt überdurchschnittlich dazu der Landesregierung zu vertrauen (MW = 2,73), tendiert eher nach links (MW = 4,55) und fühlt sich unterdurchschnittlich persönlich benachteiligt (MW = 2,13). Dieses Cluster bindet sich politisch betrachtet eher mit keiner Partei (43%).

Das Cluster 3 „Infrastruktur und Arbeit“ weist mit 25% einen überdurchschnittlichen Anteil an Befragten mit einem (Fach-)Abitur aus. Der Altersdurchschnitt liegt bei 57,1 Jahren und ist überdurchschnittlich. Der Anteil der Rentner*innen liegt auf ein überdurchschnittliches Niveau mit 42%. Es zeigt sich, dass dieses Cluster überdurchschnittlich häufig aus dörflichen (35%) bzw. großstädtischen (28%) Kontexten kommt. Die Befragten des Clusters neigen überdurchschnittlich dazu der Landesregierung zu vertrauen (MW = 2,75), tendiert eher in die politische Mitte (MW = 4,93) und neigt unterdurchschnittlich zu Verschwörungsdenken (MW = 2,43). Dieses Cluster fühlt sich eher mit der CDU (15%) und der SPD (11%) überdurchschnittlich gebunden.

Das Cluster 4 „Arbeit, Migration und Sicherheit“ weist mit 17% einen unterdurchschnittlichen Anteil an Befragten mit einem (Fach-)Abitur aus. Der Anteil der Erwerbstätigen liegt mit 57% auf ein überdurchschnittliches Niveau. Der Anteil der Erwerbslosen ist mit 11% ebenfalls überdurchschnittlich. Es zeigt sich, dass dieses Cluster mit 35% eher aus einem großstädtischen Umfeld kommt. Die Befragten des Clusters sind unterdurchschnittlich bereit ihre Lebensweise zu

Gunsten einer Eindämmung des Klimawandels zu ändern (Mittelwert = 2,52), zeigt im Mittel geringeres Vertrauen in die Landesregierung (MW = 2,44), tendiert im Durchschnitt eher nach rechts (MW = 5,80), fühlt sich eher persönlich benachteiligt (MW = 2,49) und hat weniger intensiven Kontakt zu Zugewanderten (MW = 2,73). Dieses Cluster neigt mit 41% eher zu AfD.

Tabelle 6: Clusterlösung: Problemprofile und Gruppenmerkmale (Spalten%)

Clusterlösung – Soziostrukturelle und politische Profile

	Cl. 1 Soz. Ungl. / Demokratie n ≈ 191 17%	Cl. 2 Bildung / Infra. / Gesundheit n ≈ 267 24%	Cl. 3 Infra. / Arbeit n ≈ 396 36%	Cl. 4 Arbeit / Migration / Sicherheit n ≈ 246 23%	Gesamt n ≈ 1101	Signifikanz (χ² / F)	Maß	Wert
SOZIODEMOGRAFIE								
Weiblich	48 %	56 %	49 %	53 %	51 %	n.s.	V	0.061
Alter (Jahre)	51.4	55.7	57.1	51.1	54.4	**	η²	0.020
(Fach-)Abitur	27 %	26 %	25 %	17 %	24 %	n.s.	V	0.084
ERWERBSSTATUS								
Erwerbstätig	43 %	41 %	45 %	57 %	47 %	**	V	0.115
Ausb. / Studium	9 %	10 %	5 %	5 %	7 %	*	V	0.095
Nicht erwerbstätig	8 %	4 %	5 %	11 %	7 %	**	V	0.115
Rentner*in	37 %	42 %	42 %	25 %	37 %	**	V	0.138
EINKOMMEN & WOHNUMGEBUNG								
Einkommen (€/Monat)	1.954 €	2.004 €	2.343 €	2.260 €	2.174 €	*	η²	0.008
Großstadt	21 %	13 %	28 %	35 %	24 %	**	V	0.183
Klein-/Mittelstadt	49 %	54 %	38 %	41 %	44 %	**	V	0.132
Dorf	30 %	33 %	35 %	24 %	31 %	*	V	0.090
RELIGION – KEIN SIGNIFIKANTER GRUPPENUNTERSCHIED								
Christlich	20 %	17 %	23 %	16 %	19 %	n.s.	V	0.073
Andere Religion	1 %	2 %	1 %	2 %	2 %	n.s.	V	0.047
Keine Religion	79 %	81 %	76 %	82 %	79 %	n.s.	V	0.060
POLITISCHE EINSTELLUNGEN								
Klimawandel stoppen (1–4)	3.13	3.08	2.94	2.52	2.91	**	η²	0.053
Kontakt Zugew. (1–5)	3.02	2.91	2.83	2.73	2.86	**	η²	0.011
Vertrauen Landesreg. (1–4)	2.63	2.73	2.75	2.44	2.66	**	η²	0.022
Links-Rechts (0–10)	4.40	4.55	4.93	5.80	4.94	**	η²	0.059
Benachteiligung (1–4)	2.15	2.13	2.12	2.49	2.21	**	η²	0.023
Verschwörungsdenken (1–5)	2.60	2.65	2.43	3.00	2.65	**	η²	0.022
PARTEIBINDUNG								
AfD	12 %	17 %	18 %	41 %	22 %	**	V	0.252
CDU	11 %	12 %	15 %	13 %	13 %	n.s.	V	0.048
Die Linke	16 %	8 %	8 %	4 %	9 %	**	V	0.135
SPD	8 %	8 %	11 %	4 %	8 %	*	V	0.086
Grüne	8 %	2 %	4 %	1 %	3 %	**	V	0.124
FDP	1 %	2 %	3 %	0 %	2 %	n.s.	V	0.080
BSW	7 %	6 %	5 %	9 %	6 %	n.s.	V	0.060
Keine Parteibindung	37 %	43 %	34 %	27 %	35 %	**	V	0.114

niedrig hoch (Farbskala zeilenweise normiert)

Signifikanz: *** p < .001 · ** p < .01 · * p < .05 · n.s. = nicht signifikant
Nominal: χ²-Test, Cramér's V = C / √(1−C²) [blau] · Ordinal/Metrisch: ANOVA F-Test, Eta² aus Zusammenhangsmaßen [orange]
Effektgrößen-Orientierung (V & η²): grau < .02 · orange ≥ .02 · rot ≥ .06 · Balkenskalierung: V max = .30 · η² max = .10
Links-Rechts: 0=links–10=rechts · Klimawandel: 1=ablehnen–4=zustimmen · Benachteiligung: 1–4 · Verschwörung: 1–5 · Vertrauen: 1–4 · Kontakt Zugew.: 1–5

Unsere vier identifizierten Cluster sind sowohl in Teilen sozialstrukturell als auch politisch geprägte soziale Milieus, die unterschiedlich stark Demokratie, Arbeit, Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Migration thematisieren. Dies unterscheidet sich deutlich von dem in der Cleavage-

Forschung häufig beschriebenen Gegensatz zwischen nationalistisch-migrationsablehnenden und transnational-klimaschutzbefürwortenden Problemwahrnehmungen. Es bleibt jedoch die Frage offen, inwieweit sich die Mitglieder eines Clusters ihrer Gemeinsamkeiten bewusst sind, und sich eine gemeinsame Identität herausgebildet hat oder immer noch herausbildet. Diese gemeinsame Identität wird von der Cleavage-Theorie vorausgesetzt (Westheuser 2025).

Zweitens sind die Cluster in Teilen in der Sozialstruktur und in politischen Merkmalen verankert. Betrachtet man die Profile der Cluster, dann unterscheidet sich der Altersdurchschnitt signifikant zwischen den Clustern. Cluster 1 „soziale Ungleichheit und Demokratie“ und Cluster 4 „Arbeit, Migration und Sicherheit“ geben einen unterdurchschnittlichen Altersdurchschnitt an, während Cluster 2 „Bildung, Infrastruktur und Gesundheit“ und Cluster 3 „Infrastruktur und Arbeit“ einen überdurchschnittlichen Altersdurchschnitt aufweisen. Folgerichtig ist auch der Anteil der Rentner*innen in Cluster 2 und Cluster 3 überdurchschnittlich. Darüber hinaus zeigen sich zwischen den Clustern auch deutliche Unterschiede in den politischen Einstellungen. Cluster 1, 2 und 3 unterscheiden sich eher geringer voneinander hinsichtlich ihrer Neigung ihre Lebensweise anzupassen zu Gunsten einer Eindämmung des Klimawandels, ihrer intensiven Beziehung zu Zugewanderten, ihrem Vertrauen in die Landesregierung, ihrer eher links bis mittig politische Einstellungen, dem Gefühl der Benachteiligung und der Neigung zu Verschwörungsdenken. Das Cluster 4 unterscheidet sich stärker von Cluster 1, Cluster 2 und Cluster 3. Es ist weniger bereit die eigene Lebensweise aufgrund des Klimawandels anzupassen, hat weniger Kontakt zu Zugewanderten, vertraut weniger der Landesregierung, neigt eher zu rechten politischen Einstellungen, fühlt sich stärker benachteiligt und neigt stärker zu Verschwörungsdenken. Cluster 1, 2, 3 weisen im Vergleich zu Cluster 4 einen höheren Anteil an (Fach-)Abiturienten, dörflichem bis mittelstädtisches Umfeld und einen geringeren Anteil an Erwerbstätigen auf. Im Umkehrschluss weist Cluster 4 einen geringen Anteil an (Fach-)Abiturienten aus, stammt eher aus einem urbanen Umfeld und weist einen hohen Anteil an Erwerbstätigen aus.

4. Zusammenfassung

Vier Themen dominieren die Agenda der Bürger*innen Sachsen-Anhalts: Wirtschaft, Arbeit und Löhne (38,5%), Infrastruktur, Personalmangel, Kommune und Einkaufsmöglichkeiten (30,0%), Migration, Asyl und Zuwanderung (22,7%) sowie Bildung, Schule, Kita Jugend- und Kinderangebote (21,7%). Diese haben einen nachvollziehbaren Bezug zum Alltag im Land Sachsen-Anhalt.

Ausgehend von den offenen Antworten der Befragten haben wir die Themenkategorien zu zwei tieferliegenden Dimensionen verdichtet. Die erste Dimension trennt gesellschaftliche Konflikt-

und Verteilungsthemen (Migration/Asyl/Zuwanderung, Sicherheit, Wirtschaft/Arbeit/Löhne, Wohnen) von infrastrukturellen Themen (Infrastruktur/Personal/Kommune/Einkaufen). Die zweite Dimension spannt eine Linie zwischen Problemen, die im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge (Bildung, Bürokratie, Gesundheit, Infrastruktur) erfahren werden, und solchen, die als problematische Wahrnehmung der politisch-sozialen Verhältnisse des Landes (Politik, Rassismus/Zusammenhalt, soziale Ungleichheit, Demokratiegefährdung) gerahmt werden können. Auf dem entstehenden Koordinatensystem haben wir die Probleme, die Befragten und die Cluster verortet. Dieser Problemraum macht anschaulich, durch welche Perspektive die Menschen auf einzelne Probleme bzw. Problembündel blicken. Mittels der Clusteranalyse konnten die Befragten in vier Gruppen eingeteilt werden: Cluster 1 „soziale Ungleichheit und Demokratie“ (n=191; 17%), Cluster 2 „Bildung, Infrastruktur und Gesundheit“ (n=267; 24%), Cluster 3 „Infrastruktur und Arbeit“ (n=396; 36%) und Cluster 4 „Arbeit, Migration und Sicherheit“ (n=246; 23%). Diese Problemcluster sind keine scharf abgegrenzten Lager, sondern verdichtete Schwerpunkte in einem kontinuierlichen Meinungsraum. Bei Clustern, die einander angrenzen, sind die Übergänge nicht immer klar. Die Mehrheit der Befragten konzentriert sich im Umkreis des Mittelpunkts und thematisiert „Infrastruktur und Arbeit“.

Zur Frage, ob sich unter der Bevölkerung Sachsen-Anhalts eher soziopolitische oder rein politische Konfliktlinien zeigen, lässt sich folgender Schluss ziehen: Die vier Bevölkerungsgruppen bzw. Cluster sind sowohl sozialstrukturell als auch politisch in Teilen verankert. Wir finden also eher soziopolitische Konfliktlinien, die die Problemwahrnehmungen auf Grundlage sozialer und politischer Merkmale strukturieren. Das bedeutet, dass die Problemwahrnehmung in Zusammenhang mit sozialstrukturellen Merkmalen und politischen Einstellungen zusammenhängen. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Menschen zu einem beträchtlichen Anteil sich nicht repräsentiert fühlt durch die Parteien. Denn etwa jede dritte Person bindet sich nicht an eine Partei. Demnach gibt es eine politische Repräsentationslücke.

5. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Sachsen-Anhalt ist ein Bundesland, das durch eine im Bundesvergleich überdurchschnittliche Altersstruktur, eine geringere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit pro Kopf, durch eine ländliche Gebietsstruktur mit zwei städtischen Zentren und durch eine ausbaufähige Infrastruktur gekennzeichnet ist (Stolle und Hajji 2026). Diese regionalen und strukturellen Herausforderungen finden sich auch in der Problemnennung der Befragten wieder. Die Themen Wirtschaft/Arbeit/Löhne, Infrastruktur/Personal/Kommune/Einkaufsmöglichkeiten, Bildung/ Schule/Kita/Jugend- und Kinderangebote stechen als spezifische Besonderheit Sachsen-Anhalts heraus. Darin spiegeln sich die regionalen Herausforderungen wider.

Migration/Asyl/Zuwanderung werden zwar ebenfalls problematisiert, was u.a. damit zusammenhängen dürfte, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund gering ausfällt, so dass fehlende Kontakt- und Austauschmöglichkeiten Raum für Vorurteile bieten.

Welche Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen lassen sich vor dem Hintergrund der empirischen Analysen für den Landtagswahlkampf 2026 ableiten?

1. Breite thematische Resonanz mit den Problemwahrnehmungen der Bürger*innen pflegen: Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur, Bildung und Gesundheit sind nicht nur die häufigsten genannten und damit die relevantesten Themen für die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt, sondern auch die Themen, wo die Parteien politisches Mobilisierungs- und Bindungspotential haben. Denn Befragte, die diese Probleme nennen, fühlen sich zum großen Teil politisch an keiner Partei gebunden. Daher bietet es sich an, diese in ihrer Breite ins Zentrum des Wahlkampfs zu stellen. Hierfür politische Lösungsangebote zu entwickeln, knüpft an die wahrgenommenen Probleme der Menschen in Sachsen-Anhalt an und schafft die Grundlage für eine Stärkung der politischen Resonanz. Die sichtbare, verlässliche Bearbeitung konkreter Schlüsselprobleme kann ein wirksamer Schutz vor demokratischer Erosion und gesellschaftlicher Polarisierung sein. Überraschend ist, dass das Problem Klima/Umwelt/Natur nur eine geringe Relevanz hat, was mit den konkreten wirtschaftlichen Problemschwerpunkten im Bundesland zusammenhängen dürfte.

2. Zielgruppenspezifische Kommunikation. Das Cluster 3 „Infrastruktur und Arbeit“ ist politisch und sozial im Durchschnitt verankert. Diese große Mitte dürfte über konkrete politische Lösungsangebote im Bereich Infrastruktur und Arbeit erreichbar sein. Das Cluster 2 „Bildung, Infrastruktur und Gesundheit“ stellt die zweitgrößte Gruppe an Befragten, die eher politisch ungebunden ist. Diese interessiert sich insbesondere für politische Lösungen zu Bildungs-, Gesundheits- und Infrastrukturfragen. Das Cluster 1 „Soziale Ungleichheit und Demokratie“ sorgt sich um das Thema soziale Ungleichheit, Rente, die weiterhin bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West, das Aufkommen von Rassismus, der Gefährdung der Demokratie, der Rechtsruck und die politischen Rahmenbedingungen. Dieses Cluster ist erreichbar über politische Lösungen zur Stärkung der Demokratie und zur Bekämpfung der sozialen Ungleichheit. Das Cluster 4 „Arbeit, Migration und Sicherheit“ weist die höchste Parteibindung aus. Die AfD wird von den Befragten bevorzugt, wenn es darum geht die sozialen Probleme im Bereich Arbeit, Wirtschaft, Löhne, Migration, Asyl, Zuwanderung und Sicherheit zu lösen. In diesem Feld fehlt es offensichtlich an politischem Wettbewerb, wenn nur eine Partei die Gruppe anspricht. Daher bietet sich hier an zu überlegen, welche politischen Lösungen insbesondere Bürger*innen, die sich abgehängt und bedroht durch globale Prozesse fühlen, ansprechen könnten. Dabei ist zu prüfen,

wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestärkt werden können, damit sich die Arbeits-, Wohn- und Lebensverhältnisse ganz besonders für Bürger*innen mit einem unterdurchschnittlichen Qualifikationsniveau spürbar verbessern.

3. Politisches Mobilisierungs- und Bindungspotential im linken Spektrum und in der politischen Mitte nutzen: Die Analysen zeigen, dass die Menschen, die sich eher links oder politisch mittig orientieren, ein geringes Niveau an Parteibindung aufweisen. Dieses Potential lässt sich im politischen Wettbewerb mit entsprechenden politischen Lösungsangeboten gezielt ansprechen und gewinnen. Das eher rechte Spektrum ist durch die AfD besetzt und bietet vergleichsweise ein geringes politisches Mobilisierungs- und Bindungspotential. Nichtsdestotrotz ist auch hier politischer Wettbewerb nötig, um gute politische Lösungen - insbesondere für die abgehängten Bürger:innen zu finden (siehe Cluster 4).

4. **Demokratie über Teilhabe vermitteln.** Bürger:innen verstehen eine funktionierende Demokratie selbst als eine Art Infrastruktur, also als Leistung, die das Land zur Verfügung stellt und zu erbringen hat. Abstrakte „Demokratie schützen"-Appelle erreichen nur die schon Überzeugten. Wirksamer sind erfahrbare Beteiligung und das sichtbare Eingehen auf konkrete Sorgen, die das Gefühl mangelnder Wirksamkeit der eigenen Stimme adressieren. Daher ist nach dem Wahlkampf vor dem Wahlkampf: Die politischen Beziehungen zu den Bürger*innen zu pflegen, um Probleme, Interessen und Bedarfe zu erkennen, und entsprechende politische Angebote zu formulieren, ist eine Daueraufgabe politischer Parteien. Dies erfordert gerade vor dem Hintergrund der schwierigen ländlich geprägten Situation ein regelmäßiges In-Beziehung-Treten mit den Bürger*innen von Sachsen-Anhalt.

Literaturverzeichnis

Blok, Lisanne de; van der Meer, Tom; van der Brug, Wouter (2022): Policy area satisfaction, perceptions of responsibility, and political trust: a novel application of the REWB model to testing evaluation-based political trust. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 32 (1), S. 129–150. DOI: 10.1080/17457289.2020.1780433.

Dennison, James (2019): A Review of Public Issue Salience: Concepts, Determinants and Effects on Voting. In: *Political Studies Review* 17 (4), S. 436–446. DOI: 10.1177/1478929918819264.

Ford, Robert; Jennings, Will (2020): The Changing Cleavage Politics of Western Europe. In: *Annu. Rev. Polit. Sci.* 23 (1), S. 295–314. DOI: 10.1146/annurev-polisci-052217-104957.

Guinaudeau, Isabelle; Persico, Simon (2014): What is Issue Competition? Conflict, Consensus and Issue Ownership in Party Competition. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 24 (3), S. 312–333. DOI: 10.1080/17457289.2013.858344.

Hooghe, Liesbet; Marks, Gary (2018): Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage. In: *Journal of European Public Policy* 25 (1), S. 109–135. DOI: 10.1080/13501763.2017.1310279.

Levi, Margaret; Stoker, Laura (2000): Political Trust and Trustworthiness. In: *Annual Review of Political Science* 3 (1), S. 475–507. DOI: 10.1146/annurev.polisci.3.1.475.

Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein (1967): Party systems and voter alignments. cross-national perspectives. New York: Free Press.

Loseke, Donileen (2017): Thinking about social problems: An introduction to constructionist perspectives: Routledge. Online verfügbar unter

https://api.taylorfrancis.com/content/books/mono/download?identifiername=doi&identifiervalue=10.4324/9781315135601&type=googlepdf.

Lux, Thomas; Mau, Steffen; Jacobi, Aljoscha (2022): Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern. In: *Berlin J Soziol* 32 (2), S. 173–212. DOI: 10.1007/s11609-021-00456-4.

Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft| Warum Gendersternchen und Lastenfahrräder so viele Menschen triggern: Suhrkamp Verlag. Online verfügbar unter

https://books.google.com/books?hl=de&lr=&id=Y5K2EAAAQBAJ&oi=fnd&pg=PA3&dq=Triggerpunkte.+Konsens+und+Konflikt+in+der+Gegenwartsgesellschaft+&ots=nbtsxH35a8&sig=a_ia6RW5g89Y5k1giWq6wKdSMF4.

Off, Gefjon; Trastulli, Federico (2026): Who prioritises what? Determinants and measurement of voters' issue prioritisation. In: *Eur. j. polit. res.* 65 (1), S. 164–178. DOI: 10.1017/S1475676525100091.

Petrocik, John R. (1996): Issue Ownership in Presidential Elections, with a 1980 Case Study. In: *American J Political Sci* 40 (3), S. 825. DOI: 10.2307/2111797.

Prieur, Annick (2026): To the Rescue of Cultural Capital: Seizing the Emotional Underpinnings of Contemporary Social Cleavages. In: *The British Journal of Sociology*. DOI: 10.1111/1468-4446.70082.

Reimer-Gordinskaya, Katrin; Pickel, Gert; Dimitrov, Nikolay (2025): Sachsen-Anhalt-Monitor. Zwischen Autokratisierung und Demokratisierung: Befunde zu einer Gesellschaft im Richtungsstreit. Eine Studie im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. Online verfügbar unter

https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Uploads/SAM_2025_V0812_1.pdf.

Stolle, Paula; Hajji, Rahim (2026): Bericht zur Situationsanalyse für die Partnerschaften für Demokratie in Sachsen-Anhalt. Online verfügbar unter https://repo.bibliothek.uni-halle.de/handle/1981185920/124709.

Westheuser, Linus (2025): Boundaries and cleavages: Elements of a cultural sociology of political divides. In: *European Journal of Cultural and Political Sociology* 12 (3), S. 289–313. DOI: 10.1162/ECPS.a.12.

Westheuser, Linus; Zollinger, Delia (2025): Cleavage theory meets Bourdieu: studying the role of group identities in cleavage formation. In: *Eur. Pol. Sci. Rev.* 17 (1), S. 110–127. DOI: 10.1017/S1755773924000249.

Anhang

Tabelle 1: Problemnennung (Zeilen%)

	Wirtschaft/ Arbeit/ Löhne	Infra-struktur/ Personal/ Kommune/ Einkaufen	Migration/ Asyl/ Zuwanderung	Bildung/ Schule/ Kita/ Jugend-/ Kinder-/ Angeb.	Soz. Ungl./ Rente/ Ost-West	Gesundheit/ Pflege/ mediz. Vers.	Politik	Sicherheit	Rassismus/ Zusammenh.	Demo-grafie/ Abw./ Alterung
GESCHLECHT										
Weiblich	38,1	26,6*	23,4	23,8	9,9	12,8	5,7	9,0*	6,2	4,6
Männlich	39,2	33,3*	22,0	19,5	11,3	8,5	9,2	5,1*	6,6	6,4
ALTER										
16–30 J.	32,7*	25,3*	21,6*	30,9*	13,5	1,8*	14,7*	8,0	10,4*	3,7
31–60 J.	42,5*	27,6*	28,9*	17,1*	8,6	9,1*	5,2*	7,5	7,3*	6,0
61+ J.	36,4*	33,9*	17,1*	22,9*	11,6	15,3*	7,2*	6,3	4,2*	5,3
SCHULABSCHLUSS										
Kein Abschl.	22,2*	13,0*	20,4*	0,0*	35,2*	9,3	20,4*	11,1*	5,7	0,0*
Hauptschule	29,3*	34,4*	20,9*	19,6*	9,2*	9,2	8,0*	8,5*	8,0	2,4*
Realschule	41,2*	30,2*	26,6*	20,1*	9,6*	12,5	6,9*	6,2*	6,2	5,3*
(Fach-)Abitur	40,2*	31,8*	18,9*	26,1*	9,8*	9,5	6,8*	4,9*	6,4	9,5*
ERWERBSSTATUS										
Erwerbstätig	43,1*	29,2*	29,2*	19,7*	9,0	10,0*	6,8	4,9*	6,8*	6,4
Ausb./Stud.	39,7*	27,4*	5,5*	39,7*	11,0	0,0*	8,2	12,3*	8,2*	2,7
Erwerbslos	41,1*	8,1*	36,5*	16,4*	6,8	6,8*	9,5	21,9*	13,7*	0,0
Rentner*in	33,7*	35,9*	14,2*	21,5*	12,2	14,6*	7,1	6,1*	4,4*	5,6
EINKOMMEN										
bis 2.000 €	29,5*	32,1*	20,5	21,4	11,0*	11,1	12,4*	8,8	11,1*	3,6*
bis 3.000 €	40,5*	34,2*	19,0	20,0	6,5*	11,0	6,0*	8,5	5,0*	6,5*
3.000 € +	49,8*	31,1*	26,8	22,6	8,5*	10,7	6,1*	4,3	5,5*	8,5*
RELIGION										
Christlich	34,9	32,5	17,9	17,0*	9,4	12,3	7,5	5,2*	7,1	5,7
andere Religion	27,8	33,3	11,1	38,9*	5,6	11,1	0,0	26,3*	5,6	0,0
keine Religion	39,6	29,3	24,1	22,5*	10,9	10,2	7,5	7,1*	6,2	5,5
WOHNUMGEBUNG										
Großstadt	40,1	33,8*	28,6*	14,9*	9,7	6,3*	4,9	11,9*	6,3	4,8*
Klein-/Mittelst.	40,4	22,5*	21,5*	24,4*	10,9	14,2*	8,4	6,8*	6,6	7,6*
Dorf	34,6	37,5*	20,0*	23,3*	10,7	9,0*	7,8	3,5*	6,1	2,9*
PARTEIBINDUNG										
AfD	43,2	28,0	48,6*	15,7	11,9	10,3	8,6	8,6*	2,5*	1,2*
CDU	41,7	32,6	24,3*	22,2	4,9	8,3	4,9	3,5*	8,3*	6,9*
BSW	48,6	30,0	18,6*	24,3	14,3	11,4	5,7	20,0*	5,8*	7,2*
FDP	41,2	35,3	0,0*	23,5	0,0	5,9	11,8	0,0*	0,0*	11,8*
B90/Grüne	28,9	28,9	5,3*	15,8	7,9	5,4	15,8	2,6*	24,3*	13,2*
SPD	33,7	30,8	8,8*	19,8	7,7	14,1	5,4	3,3*	3,3*	4,3*
Die Linke	31,6	32,6	8,4*	17,9	12,6	13,5	10,4	8,3*	16,8*	6,3*
keine Parteibindung	37,5	29,4	16,4*	27,1	12,2	10,4	7,0	6,5*	4,9*	6,3*
LINKS-RECHTS										
(eher) links	31,2*	31,2	9,2*	25,4*	9,5	11,6	8,8	4,0*	9,5*	7,3
Mitte	43,8*	30,7	22,1*	22,1*	10,2	11,8	6,5	8,4*	6,3*	4,1
(eher) rechts	38,0*	27,1	39,4*	16,8*	12,3	7,4	7,4	8,4*	3,2*	5,3

niedrig Werte in % hoch

* Signifikanter Unterschied innerhalb der Gruppe (χ^2-Test, $p < 0,05$); Kategorien „keine Angabe" wurden nicht dargestellt.

Kategorisierte offene Problemnennung – Themenpriorisierung nach Bevölkerungsgruppen
Lesehilfe: 43,1 % der Erwerbstätigen nennen Wirtschaft/Arbeit als wichtigstes Problem.